

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 18/5317



Clean Clothes Aktivgruppe Kiel  
c/o Frauenwerk der Nordkirche  
Waltraud Waidelich  
Gartenstr. 20  
24103 Kiel  
Tel. 0431 55 77 9126

Waltraud.Waidelich@Frauenwerk.Nordkirche.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

Als Aktivgruppe der Clean Clothes Campaign, Kiel wurden wir gebeten zum Gesetzentwurf der CDU-Landtagsfraktion zur Entlastung des Mittelstandes Stellung zu nehmen.

In der Aktivgruppe Kiel der Clean Clothes Campaign sind Einzelpersonen, das Bündnis eine Welt und das Frauenwerk der Nordkirche als langjähriges Mitglied des deutschen Trägerkreises der Kampagne für Saubere Kleidung.

Die Kampagne für Saubere Kleidung setzt sich seit Ende der 90er Jahre in Deutschland, Europa und mit einer internationalen Plattform dafür ein, dass Unternehmen, die Bekleidung anbieten, gesetzlich verbindlich verpflichtet werden, dass in der globalisierten Bekleidungsindustrie unter menschenwürdigen Verhältnissen hergestellt wird, dass verbindliche Sozialstandards eingeführt werden und Unternehmen für Menschenrechts- und Umweltzerstörungen entlang der Produktionskette haftbar gemacht werden können.

Bislang ist es der Freiwilligkeit von Unternehmen in der BRD g überlassen, ob sie Menschenrechte entlang der Produktionskette achten und ob die Natur und damit Lebensgrundlagen der heutigen und zukünftigen Generationen im Produktionsverlauf Schaden nehmen. Unternehmen, die sich freiwillig zu ihrer Verantwortung für Menschen und Natur bekennen, sind somit auf die Nachfrage von Konsumentinnen und Konsumenten und auch auf die Nachfrage der öffentlichen Hand angewiesen. Unternehmen und Initiativen, besonders im Bekleidungsbereich, haben eine Vielzahl an mehr oder weniger glaubwürdigen Siegeln, Zertifizierungs- und Verifizierungsinstrumenten entwickelt, die für die Verbraucher und Verbraucherinnen der Endprodukte sehr unübersichtlich sind.

In dem Gesetzentwurf der CDU wird gefordert, das Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue und

Vergabegesetz Schleswig-Holstein) aufzuheben sowie das Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue und Vergabegesetz Schleswig-Holstein vom 31. Mai 2014 (GVBl S. 239) aufzuheben.

Wir sprechen uns entschieden dagegen aus, das Gesetz aufzuheben.

Die Argumentation der CDU lautet, dass der Mittelstand durch Bürokratieabbau entlastet werden müsse, und dass dies dem Mittelstand Wettbewerbsnachteile bringe.

Scheinbar empfindet die CDU-Fraktion es als Bürokratie und wettbewerbsschädlich, was jedem verantwortungsbewussten Konsumenten und jeder Konsumentin in diesem Land zugemutet wird, um sich zu versichern, dass Kleidung und Textilien, nicht unter menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt wurden.

## **Hintergrund**

Insbesondere der Zusammensturz des Rana Plaza Gebäudekomplexes in Savar, Dhaka im April 2013 hat das Interesse der Medien und Stakeholder in aller Welt auf die katastrophalen und menschenunwürdigen Bedingungen gelenkt, unter denen Bekleidung für die westlichen Märkte entsteht.

Die Löhne, die in der Branche gezahlt werden, liegen in Osteuropa und Asien weit unter einem Existenzlohn, Kinder arbeiten in den Fabriken, Gewerkschaften werden systematisch unterdrückt, die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit ist eingeschränkt. Die Studie „Im Stich gelassen“ der Clean Clothes Campaign ([www.lohnzumleben](http://www.lohnzumleben)) aus dem Jahr 2014 zeigt große Lücken zwischen Existenz- und Mindestlohn, vor allem in Osteuropa. In einigen Ländern Osteuropas, z.B. Georgien, Mazedonien, Rumänien liegen die Mindestlöhne sogar dem Niveau Chinas. In Kroatien beträgt der Mindestlohn nur 36 Prozent des Basis-Existenzlohns für eine Familie. Kein Wunder also, dass Menschen aus den Balkanstaaten in die reicheren europäischen Staaten „flüchten“, in denen die Bekleidungsbranchen ansässig sind, die die für billigstes Geld genähte Kleidung teuer verkaufen.

Auch die Polizei- und Feuerwehrbekleidung der Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen u.a. wird in Osteuropa und Asien hergestellt, dies ergaben Gespräche von NROs mit den verantwortlichen Einkäufern in Hannoversch-Münden, die für mehrere Norddeutsche Bundesländer gemeinsam (entsprechend einer Rahmenvereinbarung mehrerer norddeutscher Bundesländer) Bekleidung für die Polizei einkaufen.

## **TTG beibehalten wegen EU-Richtlinie**

Das TTG bildet lediglich dieselben Möglichkeiten ab, die auch Privatkonsumenten und -Konsumentinnen zum sozial und ökologisch-fairen Einkaufen haben. Auch private Konsumentinnen und Konsumenten von Bekleidung müssen sich, wenn sie beim Kauf von Bekleidung auf soziale und ökologische Fairness achten wollen, durch einen Dschungel von Siegeln, Zertifizierungs- und Verifizierungssystemen quälen.

Die öffentliche Hand ist in besonderer Weise durch das EU-Vergaberecht der sozialen- und ökologischen Fairness beim Einkauf verpflichtet.

Die Vergabestellen des Bundes, der Länder und der Kommunen geben aktuell in Deutschland etwa 400 Milliarden Euro jährlich für die öffentliche Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen aus. Der Staat als öffentlicher Auftraggeber ist jedoch kein normaler Auftraggeber, er darf sich nicht allein von privatwirtschaftlichem Kosten-Nutzen-Denken leiten lassen, sondern hat über die öffentliche Beschaffung die Möglichkeit, sozialstaatlich gebotene Vorgaben zu machen, indem er soziale und ökologische Kriterien bei der Produkt- und Leistungsauswahl berücksichtigt.

Diese Prämisse legt auch die Europäische Union in der neuen Richtlinie zur öffentlichen Beschaffung (2014/24/EU) zugrunde, die in Art. 18 Abs. 2 vorgibt, dass die Mitgliedstaaten geeignete Maßnahmen treffen, „um dafür zu sorgen, dass die Wirtschaftsteilnehmer bei der Ausführung öffentlicher Aufträge die geltenden umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen einhalten, die durch Rechtsvorschriften der Union, einzelstaatliche Rechtsvorschriften, Tarifverträge oder internationalen umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtlichen Vorschriften festgelegt sind.“

Die EU-Richtlinie ist in nationales Recht umzusetzen. **Ein Abschaffen oder eine inhaltliche Begrenzung des Schleswig-Holsteinischen Vergabegesetzes würde der Umsetzung des Richtlinieninhaltes zuwider laufen und ist daher abzulehnen.**

## **Soziale und ökologische Fairness im Wettbewerb verankert**

### **Unübersichtliche Siegel und Kontrollsysteme**

Sicherlich ist es für Beschaffer und Beschafferinnen nicht ganz einfach, sich mit verschiedenen Siegeln, Zertifizierungs- und Verifizierungssystemen vertraut zu machen. Hierzu werden jedoch einerseits Schulungen und Bieterdialoge angeboten, darüber hinaus ist fachlich qualifizierten Einkäuferinnen doch sicherlich zuzumuten, was auch private Konsumentinnen zu leisten haben, die durch ihre Nachfrage die Sicherung von Sozial- und Umweltstandards weltweit unterstützen wollen.

Die Bundesregierung hat hierfür das Portal [www.Siegelklarheit.de](http://www.Siegelklarheit.de) zur Orientierungshilfe geschaffen.

In Deutschland kann jeder und jede ein Siegel auflegen. Hier herrscht absolute Freiheit. Der Konsument und die Konsumentin muss sich orientieren, ob die Gruppe, Person oder Institution, die das Siegel vergibt glaubwürdig ist, was genau attestiert wird und nach welchen Kriterien, und von wem es wie glaubhaft geprüft wird. Vor diesem Problem steht jeder/jede Käufer/in eines einfachen T-Shirts genauso wie die öffentliche Hand beim Einkauf ihrer T-Shirts.

## **ILO-Kernarbeitsnormen von Deutschland ratifiziert**

Alle acht ILO-Kernarbeitsnormen und Prinzipien der International Labour Organisation wurden von Deutschland ratifiziert. Die vier wichtigsten sind: Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen, Beseitigung der Zwangsarbeit, Abschaffung der Kinderarbeit und Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf. Aus unserer Sicht sollte ein Staat der sich entschieden hat diese Werte auf seinem Territorium zu respektieren, auch im Einkauf entsprechend diesen

Normen verhalten, und sich deren Einhaltung in der öffentlichen Beschaffung glaubwürdig bezeugen lassen. Es ist aus unserer Sicht deshalb unglaublich zu argumentieren, die Einhaltung dieser Normen bei m Einkauf von Produkten z.B. von Bekleidung schädige die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen KuM- Unternehmen.

### **Textilbündnis**

Im Jahr 2014 gründete das BMZ unter Leitung des CSU-Entwicklungsministers Gerd Müller unter dem Eindruck des medialen Echos auf den Zusammensturz von Rana Plaza in Dhaka das Textilbündnis. Unternehmen, die diesem Bündnis beitreten, entwickeln mit dem BMZ und NROs, wie den Mitgliedsorganisationen der Kampagne für Saubere Kleidung, ökologische und ökonomische Standards für die Wertschöpfungskette. Mehr als 80 namhafte Unternehmen der deutschen Bekleidungsbranche sind hier Mitglied. Auf der Homepage heißt es:

„Die Bündnismitglieder verpflichten sich dabei auf einen verbindlichen Prozess zur Umsetzung der gemeinsamen Maßnahmen. Dieser dient der Erreichung der Bündnisziele und -standards. Das Bündnis versteht sich als Plattform, auf der die beteiligten Akteure den Fortschritt bei der Umsetzung der Bündnisziele gemeinsam überprüfen, ihre Erfahrungen teilen, sich über Best Practices austauschen und voneinander lernen können.“

Wenn nun die öffentliche Beschaffung, wie die CDU Landtagsfraktion es will, dieses Bemühen seitens der Wirtschaft ignorieren würde und damit argumentiert, dass es die Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteinischer Mittelstandsunternehmen schädige, untergräbt sie die Bemühungen der deutschen Bekleidungsbranche die sich im Textilbündnis versammelt hat, um eben einheitliche soziale und ökologische Standards zu finden. Die Angebotsseite der Wirtschaft, die um Fairness im Angebot bemüht ist, braucht die ethische Resonanz der Nachfrageseite des Staates im Bereich öffentliche Beschaffung. Beschafft die öffentliche Hand nicht sozial fair, würde sie die Bemühungen um die Herstellung von sozialer und ökologischer Fairness ihrer Schwesterpartei und des Ministeriums, sowie der Angebotsseite der Unternehmen völlig ad absurdum führen.

Die oben gezeigten politischen Bestrebungen zeigen, dass die derzeitige politische Gestaltung für ökologischen und sozialen Gerechtigkeit den Konsumenten und die Konsumentin als entscheidenden moralischen Akteur im freien Spiel von Angebot und Nachfrage sieht.

Sie gibt die Gerechtigkeit in globalisierten Nähfabriken und die ökologischen Folgen der Produktion dem freien Spiel der Marktkräfte anheim und somit Entscheidung der Nachfrageseite.

Wenn die Politik dieses auf diese Weise gestaltet und keinen anderen als einen freiwilligen Ordnungsrahmen schafft, unterliegt die öffentliche Hand selbst auch als Einkäuferin den liberalen Marktbedingungen, die sie für alle geschaffen hat. Da die Politik in Europa sich der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit verpflichtet sieht, hat die EU die stärkere Berücksichtigung sozialer Kriterien bei der öffentlichen Beschaffung zum Ziel. In einem Wettbewerbssystem, in dem einige Bekleidungsunternehmen bereit sind, moralische Verantwortung für Menschen und Natur zu übernehmen, indem sie sich kostenintensiven Verifizierungs- und Zertifizierungsprozessen unterziehen, mit denen sie ihren Kunden glaubhaft belegen, dass sie mit ihrem Angebot an

Bekleidung auf dem Weg zu mehr sozialer und ökologischer Gerechtigkeit sind, sind diese Unternehmen auch darauf angewiesen, dass ihre ethischen Bemühungen auch von den Konsumenten und Konsumentinnen, und auch einem verantwortungsvollen Staat beim Einkaufen honoriert werden.

Wir sind der Meinung, dass die öffentlich Hand in Schleswig Holstein beim Einkauf von Bekleidung weiter diejenigen Anbieter, bevorzugen sollte, die im globalen Wertschöpfungsprozess auf soziale und ökologische Fairness achten, so wie es das EU-Vergaberecht vorschreibt. Im gegenwärtigen Ordnungsrahmen ist kein anderes Handlungskonzept vorgesehen. Es gibt kein deutsches und europäisches Gesetz, das alle Unternehmen die Bekleidung anbieten unter einen einheitlichen rechtsverbindlichen Rahmen stellen würde, der gebietet, dass Menschen bei der Produktion so viel verdienen, dass sie davon würdig leben können, dass die Natur so behandelt wird, dass nachfolgende Generationen noch auf dieser Erde leben können.

### **UN-Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte**

Die UN-Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte zeigen über den Markt hinausgehende menschenrechtliche Verpflichtungen von Staaten und die Verantwortung von Unternehmen in globalen Wertschöpfungs- und Lieferketten auf. Sie entstanden unter der Leitung des VN-Sonderbeauftragten Prof. John Ruggie und wurden von Deutschland maßgeblich unterstützt.

„Nicht nur Regierungen, auch Unternehmen stehen in ihrem globalen Handeln in Verantwortung für Menschenrechte. Was für einzelne profitabel ist, das sollte für alle anderen nicht schädlich sein! Mit dem Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte wollen wir dafür einen Rahmen abstecken. Dabei wird es darum gehen, als Bundesregierung gemeinsam mit Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Unternehmen unser aller Handeln zu überprüfen und dort aktiv zu werden, wo wir Lücken feststellen.“ Sagt Außenminister Frank Walter Steinmeier auf der Homepage des Nationalen Aktionsplans, der von seinem Ministerium koordiniert wird.

Wir bitten die politischen Parteien, sich dafür einzusetzen, dass die Bundesrepublik Deutschland sich und ihre Unternehmen im Rahmen des nationalen Aktionsplans auf verbindliche Spielregeln festlegt.

Vor dem Hintergrund dieser Argumente bitten wir die Fraktion der CDU sich zur sozialen und ökologischen Verantwortung beim Einkauf zu bekennen und sich darüber hinaus für rechtlich verbindliche und glaubwürdige Rahmenbedingungen und die Verantwortungsübernahme deutscher Konzerne im globalisierten Bekleidungshandel einzusetzen, die die Sache der sozialen und ökologischen Fairness nicht weiter dem freien Markt überlässt.

Wir bitten die anderen Fraktionen dem Gesetzentwurf in dieser Frage abzulehnen und sich zum vorbildlichen Tariftreue- und Vergaberecht in Schleswig-Holstein zu bekennen.

Für die CCC-Aktivgruppe Kiel

Waltraud Waidelich, Frauenwerk der Nordkirche, Mitglied der Kampagne für Saubere Kleidung

